

Kloster Seeon, Samstag, 08.10.2011 „Kommunalpolitischer Tag“
Treffen der Stadtrats- Bezirkstags- und Kreistagsmitglieder der Partei Die Linke / LV Bayern

Demokratie im kommunalpolitischen Alltag am Beispiel der Bayerischen Sicherheitspolitik
(Redebeitrag Ulrich Schönweiß, Stadtratsmitglied im Fürther Rathaus)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Genossinnen und Genossen,

Die bayerische Sicherheitspolitik zeichnet sich inzwischen seit Jahrzehnten dadurch aus, daß sie vorwiegend repressiv handelt, anstelle zu versuchen die Menschen einzubinden, gemeinsam mit der Bevölkerung, mit selbstbewußt und verantwortungsvoll handelnden Menschen das Zusammenleben zu gestalten.

Ein sehr bekanntes Beispiel ist das Verhalten der Verantwortlichen vor über 20 Jahren bei der WAA, der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Es gab hiergegen einen sehr großen Widerstand, die Bevölkerung war dagegen. Die Menschen, die sich demokratisch dagegen engagiert haben, wurden als Chaoten diffamiert, die nur Angst, Schrecken und Chaos verbreiten würden.

Sie selbst haben sich dadurch in ein Licht gestellt, als ob nur ihnen vertraut werden könnte.
Was für eine Hinterhältigkeit.

Ein Mittel der Verantwortlichen ist dabei immer unsachliche Verallgemeinerung.

Wenn auf einer Demonstration mit mehreren Tausend oder Zehntausenden von Menschen einzelne Demonstranten gewalttätig sind, darf doch damit nicht die gesamte Demonstration und deren Inhalte diffamiert werden. In Städten mit mehreren Tausend oder zehntausenden EinwohnerInnen passiert auch die eine oder andere Straftat.

Es ist ohnehin ein beliebtes Mittel der Politik unsachlich zu verallgemeinern.

Ein bekanntes Beispiel ist, wenn sich tatsächlich einmal ein Hartz IV-Bedürftiger nicht korrekt verhalten sollte, gleich auf alle Hartz IV-Bedürftigen zu schließen.

(Nicht unerwähnt lassen kann ich hierbei das 3. Reich. Insbesondere der Propagandaminister Josef Goebbels hat dies gemacht. Er hat z.B. wegen eines Attentates eines Juden gegen alle Juden gehetzt, oder als nach dem Reichstagsbrand gegen die Linken massive Maßnahmen ergriffen wurden.

Die rechte Ideologie lebt davon sich Gruppen von Menschen zu suchen, über die hergezogen wird und sich darübergestellt wird. Dies ist aber destruktiv.

Das Gegenteil ist demokratisch zu handeln, an alle Menschen zu denken.)

Die Polizei darf nicht zur Durchsetzung politischer Maßnahmen, wie z.B. bei der WAA, herangezogen werden.

Die Polizei ist nicht Handlanger von politischen oder gar wirtschaftlichen Interessen, sondern für die Menschen da.

Dazu gehört demokratische Kontrolle.

Die Linke will daher, daß es unabhängige Ermittler für Vergehen im Amt gibt. Das jüngste Beispiel aus Rosenheim beweist die Notwendigkeit.

Genauso, wie sich Die Linke für die Kennzeichnungspflicht uniformierter PolizeibeamtInnen, wie z.B. bei Fußballspielen oder Demonstrationen, einsetzt.

Amnesty international hat deshalb sogar sogar extra eine eigene website mit dem Namen „mehr Verantwortung bei der Polizei“ ins Leben gerufen. Diese website bezieht sich auf ganz Deutschland.

(Es ist ein Mißbrauch der Politik gegenüber der Polizei, wie in Bayern vielfach in der Drogenpolitik verfahren wird.

Wenn z.B. in der Zeitung steht, daß laut bayr. Innenministerium etwas gegen die Drogenkriminalität

unternommen werden müsse, und daraufhin junge PolizeibeamtInnen als Lockspitzel, als agent provocateur eingesetzt werden: richtig aufdringlich fragen diese Provokateure, ob sie, die Heroinsüchtigen, ihnen nicht etwas beschaffen könnten. Wer mit Heroinsüchtigen gearbeitet hat, weiß natürlich, daß diese alles unternehmen werden. Und dann klicken die Handschellen und in der Zeitung steht die „Erfolgsmeldung“.

Auch wenn Drogenpolitik und die Freigabe weicher Drogen nicht der Hauptpunkt der Linken ist, wollen wir auch hier mit den Menschen die Gesellschaft gestalten und keine Angst verbreiten. Ein solches Verhalten hilft nicht der Gesellschaft, sowieso nicht den Heroinabhängigen.

Wir orientieren uns an den Drogenberatungsstellen, die z.B. in Nürnberg Mudra heißt. Ebenso an der Schweiz. Oder selbst hier in Deutschland an anderen Bundesländern.

Im Übrigen ist die Wahrheit, wenn man tatsächlich etwas für die Menschen machen wollte, daß in Deutschland laut Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung täglich 200 Menschen an den Folgen von Alkoholkonsum sterben.

Ca. 4-5 Menschen sterben täglich wegen Heroinmißbrauches, und es gibt keine Toten wegen weicher Drogen wie Cannabis und Haschisch.

Nach Schätzungen konsumieren in Deutschland mehrere Millionen Menschen weiche Drogen, wie Cannabis und Haschisch.)

Ganz besonders wichtig ist es politisch Gegenposition zu beziehen, wenn wirtschaftliche Interessen mit Repression durchgesetzt werden. Ein bekanntes Beispiel ist Hartz IV. Hier wird gegen die Bedürftigen mit Sanktionen und Druck vorgegangen. Die Bedürftigen werden regelrecht oft entwürdigt und in schlechte und prekäre Beschäftigungsverhältnisse gezwungen. Sie dürfen sich nicht verweigern.

Umso wichtiger ist es das Vorgehen der Jobcenter im Interesse der Bedürftigen mitzubestimmen.

- In Fürth hat nach jahrelanger Kritik innerhalb und außerhalb des Stadtrates am Verhalten der Fürther ARGE, das jetzt eben Jobcenter heißt, ein Wechsel stattgefunden. Wobei es hierbei nicht um die Person, die damalige Leiterin ging, sondern um das Verhalten des Jobcenters. Die neue Leitung des Jobcenters stellt sich der Kritik von Erwerbsloseninitiative und Sozialforum. Auch findet durch das Fürther Jobcenter keine Vermittlung von Jobs unter 7,79 € / Std. mehr statt. Immerhin.

Ein noch viel größerer Effekt im Sinne der Bedürftigen wäre zu erzielen, wenn dies auf Landesebene erreicht werden könnte.

Genauso ist es wichtig, daß Linke, AntifaschistInnen, sozial eingestellte Menschen nicht vom öffentlichen Dienst ferngehalten werden, sondern Teil der staatlichen Strukturen sind.

Mit der Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung „Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“ vom Dezember 1991 werden Angehörige beispielsweise des antifaschistischen Aktionsbündnisses, antifaschistisches Komitee, autonome Gruppen, Bamberger Linke, deutsche Friedensunion, die Partei Die Linke, Frauenverband Courage, Jugend gegen Rassismus in Europa, Jugendverband solid, Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus, rote Hilfe e.V. VVN-BdA DIFD usw. aus der öffentlichen Verwaltung grundsätzlich ferngehalten.

Wenn es auch sicherlich in Kommunen Ausnahmen gibt und diese Verordnung möglicherweise teilweise lax gehandhabt wird.

Noch eindeutiger ist der Bayerische Verfassungsschutzbericht von 2010.

Hierzu zwei Zitate zu der Partei Die Linke.

Auf Seite 161 heißt es, daß von der Partei Die Linke eine Demokratisierung der Gesellschaft bzw. wirkliche Demokratie gefordert werde. Unter Demokratie werde dabei vor allem soziale Chancengleichheit und eine diffuse Mitbestimmung verstanden. So im Verfassungsschutzbericht.

Ja, wir sind eine demokratische Partei, wir wollen Chancengleichheit und Mitbestimmung, so, wie es im Grundgesetz steht. Entscheidend ist das Grundgesetz. Das ist unsere Verfassung. Das Grundgesetz darf nicht dadurch relativiert werden, daß der Verfassungsschutz eine quasi daneben- oder darüberstehende freiheitlich demokratische Grundordnung erfindet.

Es gibt keine freiheitlich demokratische Grundordnung neben oder über dem Grundgesetz.

Selbstverständlich ist auch betriebliche Mitbestimmung, auch so, wie wir, Die Linke, es wollen -Stichwort erste Halle zweite Halle-, verfassungsgemäß.

Als zweites Zitat aus dem Bayerischen Verfassungsschutzbericht 2010 aus Seite 167. Darin steht, daß unter anderem die Mitglieder der Partei Die Linke, Tobias Pflüger, ehemaliger Europaabgeordneter und Nicole Gohlke, MdB, das Transparent des Aktionsbündnisses gegen die NATO - Sicherheitskonferenz mit dem Slogan „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ an der Spitze des Demonstrationszuges trugen.

Es ist nicht grundgesetzwidrig gegen Krieg zu demonstrieren.

Wenn der Verfassungsschutz, also das bayerische Innenministerium, also die bayerische Staatsregierung Engagement für Demokratie und gegen Krieg als nicht verfassungsgemäß - nicht der freiheitlich demokratischen Grundordnung – entsprechendes Verhalten bezeichnet, heißt das eben leider im Umkehrschluss, dass mit Staatsmacht die wirtschaftlichen Interessen, einschließlich Krieg, repressiv durchgesetzt werden.

Die Stimmen dagegen sollen auch dadurch mundtot gemacht werden.

Das Wesentliche ist aber solche Stimmen aus den staatlichen Institutionen fernzuhalten.

Jede Politik kann nur durchgesetzt werden, wenn entsprechende Strukturen vorhanden sind.

Ein anderes infames Mittel für diesen Zweck ist die Gleichsetzung von Links und rechts.

Wir, die Linke, sind gegen Gewalt. Rechte Ideologien suchen immer nach Menschengruppen, wodurch diese stigmatisiert werden und letztlich Gewalt dadurch gerechtfertigt wird.

Durch die Gleichsetzung von links und rechts werden rechte Ideologien legitimiert, dürfen sich Rechte anerkannt fühlen.

Genauso werden dadurch Linke, vor allem soziale Bewegungen, diffamiert und schlecht gemacht.

- Seit ich Stadtratsmitglied bin argumentiere ich gegen die Gleichsetzung von Links und Rechts, u.a. mit den genannten Argumenten. Dies seit der ersten Stadtratssitzung, an der ich teilgenommen habe.

Inzwischen erfolgt im Fürther Stadtrat keine Gleichsetzung mehr zwischen links und rechts.

Es gab sogar einstimmige Resolutionen u.a. für NPD-Verbot, gegen Nazi-Aufmärsche und die Aufforderung an den Fürther Hotel- und Gaststättenverband, der eine entsprechende Resolution verfasst hat (wie in Regensburg).

Auch sind wir Linke in der Kommune längst Teil der sog. Sicherheitsgespräche, die es wohl in jeder Stadt gibt.

- Z. B. wird gegen Jugendliche im öffentlichen Raum kaum mehr mit Repressionen und Ordnungswidrigkeiten vorgegangen, sondern im Dialog, quasi sozialpädagogisch. Nach dem Motto „Streetworker statt Polizei“, „Bildung statt Knast“.

Wenn wir hierzu etwas anderes hören, werden wir aktiv.

Im Übrigen wurde auch der Fürther Polizeichef ausgewechselt, wegbefördert, der lange Zeit stark kritisiert wurde. Wie dies zustande gekommen ist, weiß ich jedoch nicht.

Fürth ist die sicherste Großstadt Bayerns, was gut ist. Dies liegt aber an dem demokratischen Konsens in der Stadt.

Niemand will Gewalt.

Sicherheit gibt es durch soziale Kontrolle, mit Demokratie und Einbindung aller Menschen. Gewalt kommt im übrigen aus der Mitte der Gesellschaft, siehe Winnenden. Sicherheit erreicht man nicht durch eine selbtherrliche Polizei.

Organisiert ist dies, der Auftrag der Polizei, über die Staatsanwaltschaft, die Chefin der Polizei. Gleichzeitig sind die StaatsanwältInnen weisungsgebunden. Deren Chef letztlich die Bayr. Landesregierung. So wird politisch bestimmt, wo wann und wieviel ermittelt wird.

Demokratie und soziale Gerechtigkeit und Sicherheit sind unmittelbar miteinander verknüpft.

Nur, wenn sich die Menschen, alle die hier leben, zu Wort melden können, sich demokratisch beteiligen können, werden sie gehört, entsteht Sicherheit.

Eben nicht so, wie es die Bayerische Staatsregierung seit Jahren betreibt, durch den Missbrauch der Polizei für politische Interessen, oder gar wirtschaftliche Interessen.

Die Tatsache, dass zur Bankenrettungen, letztlich für die Konten der Vermögenden, Unsummen bereit gestellt werden, darf nicht dazu führen, dass das Geld bei den Menschen, den „NormalbürgerInnen“ weggenommen wird und die Menschen, die Armen, kriminalisiert werden, gleichsam repressiv in Armut gedrängt werden.

Es ist im Übrigen nach meiner Überzeugung ein und dieselbe Seite der Medaille, wie gegen Hartz IV-Bedürftige vorgegangen wird, wenn große Teile der griechischen Bevölkerung schon jetzt aus Müllheimern leben müssen und obdachlos sind, wenn Flüchtlinge, die nur Hunger und Durst haben, an Europas Außengrenzen abgewiesen werden und wie Kriminelle behandelt werden und tausendfach sterben, oder einige Kilometer weiter viele Menschen verhungern müssen.

Weiterhin kommunal aktiv wurden wir und haben Mehrheiten gefunden u.a.

Hierbei wurde ich immer dann aktiv, wenn es bereits Initiativen gab, es „Bewegung“ gab.

- Krankenversicherungsschutz für Alle:

Seit 2007 sind offiziell angeblich alle Menschen in Deutschland krankensichert. Es war aber so, dass z. B. oft kleine Selbständige die Krankenkassenbeiträge nicht zahlen konnten. In der Folge also Schulden an die Krankenkasse hatten, ohne versichert zu sein. Es gab seinerzeit eine Pressemitteilung von Klaus Ernst, er sprach bundesweit von ca. 200 000 solchen Fällen. Auf unserem Basistreffen war eine Frau davon betroffene, genauso wie in der Kanzlei von uns, ich bin seit knapp 17 Jahren Rechtsanwalt von Beruf. Und tatsächlich, die Stadt Fürth hat reagiert und entsprechende Gespräche mit der AOK und dem Sozialamt geführt, so dass das Problem gelöst werden konnte.

- Eine Mehrheit finden konnten wir hinsichtlich des Ausreiselagers, daß dieses geschlossen wurde. Eine langjährige Forderung der Menschenrechtsgruppen. Dort waren abgelehnte Asylbewerber untergebracht. Sie mussten in Containern mit Pritsche, kein Bett, und einen kleinen Spinn, kein Schrank, von einem Sicherheitszaun umgeben mit Sicherheitspersonal. Und Job für die Insassen für 1,04 € am Tag.

Das Lager stand in der Verwaltung der Regierung von Mittelfranken, also dem Freistaat Bayern. Es konnte also ein landespolitischer Erfolg durch die Schließung erzielt werden.

Dies hat mich aber natürlich nicht daran gehindert einen Antrag „Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Mittelmeer“ zu stellen. Selbstverständlich zu besseren Lebensbedingungen und auch nach vorausgegangener Diskussion in der Stadt, damit die Aufnahme als etwas Positives gesehen wird.

- 2008 sollte ein Großprojekt in Fürth durchgeführt werden. Ein riesiges Einkaufszentrum mitten in der Stadt, einschließlich der Privatisierung einer öffentlichen wichtigen Durchgangsstraße.

Die LINKE hat als einige der ganz wenigen im Stadtrat hiergegen argumentiert und hiergegen Partei ergriffen.

In der Folge hat sich eine Bürgerinitiative gegründet, es hat massiver Protest stattgefunden.

Letztlich musste das Projekt abgeblasen werden, was der Oberbürgermeister am 01 Mai 2009 auf der Mai-Kundgebung verkündet hat.

Es gibt nun ein neues Projekt. Aber um mehr als die Hälfte kleiner, als die ursprüngliche Planung gewesen ist, Beibehaltung der Straße und die Straße weiterhin im Eigentum der Stadt, sowie Einbeziehung der Bürgerinitiative bei der Investorenauswahl und den Entscheidungsprozessen.

- Im Zuge der Mittelschulreform sollte in Fürth eine Hauptschule geschlossen werden und wie befürchtet wurde, weil es einige Jahre vorher bei einer Grundschule ebenso war, das Schulgebäude verkauft und privatisiert werden und in Eigentumswohnung umgewandelt und umgebaut werden.

Die Hauptschule wurde zwar geschlossen, die Schüler auf umliegende Mittelschulen verteilt. Aber das Gebäude ist nach wie vor im Eigentum der Stadt und ein Haus der Bildung. Zur Zeit an Jena-

Plan vermietet. Immerhin ein Teilerfolg.

Übrigens sollen in Bayern wohl mehrere Hauptschulen geschlossen werden und die Gebäude wohl privatisiert werden, wie ich in der Süddeutschen Zeitung gelesen habe und ein SPD-Landtagsabgeordneter, Herr Pfaffmann, vermutet.

Auch dies, die Verhinderung der Privatisierung, ist im Zusammenspiel der Linken im Fürther Stadtrat und außerparlamentarischen Engagement, hier viele Eltern der Hauptschüler, geschafft worden, konnte die Mehrheit hierfür gefunden werden.

- Das Fürther Klinikum wurde nicht privatisiert. Es ist sogar im Stadtrat ein Beschluss zustande gekommen, der sich gegen jegliche Privatisierung ausspricht. Dies ist vor allem dem „Fürther Wasserbündnis“ zu verdanken. Das Fürther Wasserbündnis hat 2007 die Privatisierung des Abwassers in Fürth verhindert.

- Noch ein Beschluss, der im Fürther Stadtrat zustande gekommen ist:

Für die Fürther Stadthalle hat der Stadtrat beschlossen, dass sich Verantwortliche klar und eindeutig von der Ideologie der Türk Federasyon und damit der grauen Wölfe distanzieren müssen., dass dort nicht der Wolfsgruss oder entsprechende Symbole gezeigt werden dürfen und die Veranstalter eingreifen müssen und sich vorher schriftlich entsprechend distanzieren müssen. Dies war vor allem in Zusammenarbeit mit dem „Fürther Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus“.

- Der Name des ersten Mordopfers in einem Konzentrationslager, dem Antifaschisten und Kommunisten Dr. Rudolf Benario, wurde in die Liste der zu vergebenden Straßennamen aufgenommen.

- Öffnung der Fußgängerzone für RadlerInnen außerhalb der Geschäftszeiten.

-Einladung des mittelfränkischen DGB-Chefts Stephan Doll in den Stadtrat und Wirtschafts- und Grundstücksausschuß; nachdem dies nicht die anderen Parteien gemacht haben und ich gebeten wurde.

- Als letzte Initiative der Partei DIE LINKE – alle habe ich jetzt nicht aufgezählt – kurz zum Sozialticket im ÖPNV, dem VGN (Verkehrsverbund Großraum Nürnberg):

Das Gegenargument, das regelmäßig gegen das Sozialticket vorgebracht wird, sind die sog. Ausgleichszahlungen, die von den einzelnen Mitgliedern, den Mitgliedern im Verkehrsverbund, z. B. von der Stadt Fürth, an den Verkehrsverbund gezahlt werden müssen. Das heißt, dass z. B. bei einem Sozialticket zu 1,00 € die Differenz zum Normalpreis, 1,10 €, als Ausgleichszahlung gezahlt werden muss. Je mehr Sozialtickets verkauft würden, desto höher wären die Ausgleichszahlungen. Es kommen sehr schnell sehr hohe Zahlen zustande.

Ein unlogischer Irrsinn.

Die Ausgleichszahlungen haben auch nichts mit dem Defizit im ÖPNV zu tun.

Nach über drei Jahren Diskussionen in und außerhalb des Stadtrates und den Ausschüsse ist nun in der Juli 2011 – Stadtratssitzung eine Mehrheit zustande gekommen, dass die Stadt Fürth sich im Verkehrsverbund gegen diese Ausgleichszahlungen ausspricht, dies dort sogar beantragen muss. Dies ist in Zusammenarbeit mit dem Sozialforum und dem „Bündnis Sozialticket“.

Aktuell bemühe ich mich, dass in Nürnberg, Erlangen und Ansbach in den Stadträten, so hoffe ich, auch entsprechende Mehrheiten zustande kommen. Viel Glück den dortigen GenossInnen.

Immerhin wurde in Fürth auch erreicht, dass bis zur Einführung des Sozialtickets Bedürftige pro Monat 5,00 € für Fahrkarten erhalten, den sog. Mobilitätstaler. Aktuell ist dabei die konkrete Ausgestaltung, bei der DIE LINKE selbstverständlich als Gesprächspartner Teil daran ist.

Dies war eine Auswahl unserer Aktivitäten.

Zum Schluss meines Beitrages möchte ich mich ausdrücklich bei der Partei und deren Mitgliedern bedanken, dass sie mir, auch als Person, die Möglichkeit gegeben hat, wie dargestellt ist, mitzumischen und zu gestalten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Ulrich Schönweiß, Die Linke, Mitglied im Fürther Stadtrat